

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

9. Juni 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Der ungesühnte Mord.

Ein Jahr nach Matteottis Tod.

Rom, Anfang Juni 1925.

Schon ein Jahr ist es her, und noch hat die Tat keine Sühne gefunden, noch lasten auf Italien dieselben Methoden und dieselben Menschen, die bei der Ermordung Matteottis die Mörder gedungen und den Plan entworfen haben. Sie lasten schwerer auf dem Lande als vor dem Verbrechen. Ist etwa der Opferdunnut gewesen? Ist es zwecklos, der Gewalt den Gedanken entgegenzustellen, der Feilheit eine Ueberzeugung, den Waffen eine unbewehrte Brust?

Jeder Faschist wird uns auseinandersetzen, daß es zwecklos, völlig zwecklos ist, daß der Gedanke keine Maschinengewehre hat, daß Feilheit Brot bringt und Ueberzeugung Hunger, daß Matteotti tot ist und seine Mörder leben, daß es verboten ist, das Andenken unseres Genossen zu ehren, während der Ruf „Es lebe Dumin!“ vom Generaldirektor der faschistischen Partei selbst zum Motto vorgeschlagen wurde. Und, wer nur bei der Außenseite der Dinge verweilt, mag diesem Urteil recht geben. Es sieht fast aus, als hätten ethische Werte kein Gewicht im politischen Kampfe. Aber gerade die Spanne Geschichte, die wir heute erleben, wird zeigen, daß das nicht wahr ist.

Was hat uns die Ermordung Matteottis enthüllt, feierlich und grotesk, erhaben und gemein? Das es in unserer platten, flachen, miserablen Zeit noch Menschen gibt, die sich für ihre Ueberzeugung töten lassen, nicht im Kauf des Schlachtfeldes, nicht in der Exaltation der großen Stunde, sondern in fähler, bewusster Erfüllung einer selbstgeleiteten Pflicht. Das Geschehnis hat uns also ein Stück Glaubens an die Menschheit zurückgegeben, das der Alltag ersticht und verschüttet hatte.

Aber gleichzeitig hat sich uns der Wille enthüllt, der diese Tat als Mittel zu seinem Zweck ansah, als solche vorbereitete und ausführte. Wer sich in jene Junitage des vorigen Jahres zurückverfolgen kann, der wird die jähe Gräßlichkeit dieser Enthüllung wieder empfinden, den würgenden Ekel, der alles ergriff, was im Lande gesund und lebenswert war.

Will man nun etwa heute sagen, daß das Beispiel des Bekennertodes nicht gefruchtet hat? Wer kann es nachrechnen, was Matteotti an sittlicher Forderung bedeutet, die die Stunde eintreiben wird? Es wäre für das herrschende Regime sehr bequeme, wenn sich die waffenlose Opposition seinen Handgranaten und Panzerautos entgegenstellte: die faschistischen Anforderungen dazu fehlen nicht, und man ist gemein genug, sich dabei auf Matteottis Opferdunnut zu berufen. Gewiß, auch wir haben geglaubt, daß die Sturzwehle der sittlichen Entrüstung das Regime wegschleppen würde, in dessen Ministerien man den Plan des Wortes ausgearbeitet hatte, mit dessen Polizeidirektion er beraten worden war, dessen Partei die Schergen gestellt, dessen Kasse sie bezahlt hatte. Aber was beweist dieses Abprallen der Entrüstung und des Ekels an der organisierten Macht der faschistischen Regierung? Es beweist nur, daß der im Rahmen der Geselligkeit zum Ausdruck kommende Volkswille nicht imstande ist, der Vereinigung von geschwinder Gewalt und Staatsmacht in einer Hand die Wagschale zu halten. Wir haben hier lediglich eine staatstechnische Erfahrung vor uns. Es ist heute bekannt, daß nach der Ermordung Matteottis der Kriegsminister die Waffen der staatlichen Waffenschlager unter die faschistische Miliz zur Unterbringung in Privathäusern hat aufteilen lassen. In dieser vom damaligen Kriegsminister selbst zugegebenen Tatsache haben wir ein Paradigma der Verwendung der Staatsmittel zu geschwinder Partezwecken. Was wunder, daß eine alle Mittel des Staates nutzende Illegalität stärker ist als die Legalität der Volksmassen!

Aber glaubt man etwa, eine Tat wie die Ermordung Matteottis sei damit abgetan, daß sie nicht sofort die Kräfte zum Sturz des Regimes auslöste, das an dem Verbrechen schuldig war? Sie zieht weitere Kreise. Aller moralische Ekel des Landes hat freilich nicht die Vernichtungskraft eines einzigen Maschinengewehres, aber das moralische Sichabkehren eines ganzen Landes von seiner Regierung hat trotzdem Folgen, denen sich keine herrschende Clique auf die Dauer entziehen kann. Alles, was in Italien nicht moralisch angefaßt ist, was nicht vom Faschismus lebt, hat sich von der herrschenden Bewegung abgewendet. Gleichzeitig sind ihr — seit dem Tage, an dem der Faschismus sein definitives Farberkannt hat — alle Schufte und Schieber zugeströmt, von dem Instinkt der Wahlverwandtschaft angezogen. Innerhalb der Partei bringt sich heute der Anrüchigste am besten zur Geltung. Und diese Menschen, denen vor dem Werberuf „Es lebe Dumin!“ nicht ekel, muß der Faschismus aufnehmen, weil er sie braucht, und er muß all seine Regierungsmassnahmen immer mehr auf sie zuschneiden.

Seit der Ermordung Matteottis lebt der Faschismus im Bewußtsein seiner moralischen Minderwertigkeit. Was bedeutet denn dieses ganze Abwürgen der parlamentarischen Kritik, der Kontrolle der Presse, des freien Gedankens, der freien Forschung, was anderes als die Unmöglichkeit des Faschismus, Kritik, Kontrolle, Gedanken und Forschung zu ertragen? Regierungstechnisch betrachtet mag es ein Kunststück sein, mit jeder öffentlichen Kritik, mit Versammlungs- und Vereinsrecht, mit der Unabsehbarkeit der Richter, der Freiheit der Hochschulen, der Würde der Beamtenhaft aufzuräumen,

die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz aufzuheben. Das wahre Kunststück wäre aber, ohne diese Dinge auch wirklich zu regieren. In ihrer umfassenden Umbildung halten die faschistischen Führer alle Postulate der Demokratie nur für ideologischen Firlefanz. Sie begreifen es nicht, daß Kontrolle und Kritik der Bürger im modernen Staate eine lebenswichtige Funktion haben, um so wichtiger, je kontrollbedürftiger die an leitenden Stellen stehenden Menschen sind. Je mehr der Faschismus alles in die Hände einzelner gibt, um so mehr bringt sich der geistige und sittliche Unwert seiner Gefolgschaft zur Geltung. Besseren Weg über Meuchelmord geht, der hat keine Gefolgschaft von Edelmenschen.

Trotz der heutigen Uebermacht des Faschismus, der durch ein offizielles Telegraphenbureau seine Abgeordneten nach Rom beordern kann, mit der ausdrücklichen Begründung, die Ehrung Matteottis zu fördern, zeigt gerade die heutige Sachlage die hohe Bedeutung ideeller Faktoren. Als sittliche Kraft fürchtete der Faschismus Matteotti, als solche hat er ihn beseitigt, in dem Wahne, durch Schergen sittliche Werte aus der Welt zu schaffen. Die Tat glückte „technisch“, genau wie heute die Behauptung der Regierung „technisch“ glückt, aber sie lehrte das moralische Empfinden

des ganzen Landes gegen seine Regierung. Was dieser heute geliebt ist, ist ein Bodensatz moralischen Abfalls. Der kann sich des Staates bedienen, aber er dient nicht dem Staate. Und wie die Ideen leben durch die Menschen, die für sie sterben, so herrscht der Staat durch die, die ihm dienen. Diese Wahrheit setzt sich nicht so schnell durch, wie man ein Maschinengewehr entlad. Sie mag Jahre gebrauchen. Aber alle Maschinengewehre der Welt werden an ihr zerschanden werden!

Verhinderung einer Matteotti-Gedenkfeier.

Die oppositionellen Gruppen der italienischen Deputiertenkammer hatten eine Gedenkfeier für Matteotti am 10. Juni in einem Saale des Parlaments geplant. Der faschistische Kammerpräsident verweigerte die Hergabe des Saales mit der Begründung, daß am gleichen Tage die Faschisten in einem anderen Saale eine eigene Veranstaltung beabsichtigten. Wegen der Gefahr von Zusammenstößen lehnte er für beide Veranstaltungen die Genehmigung ab. Die Regierung hat sein Vorgehen gebilligt. Die Oppositionsparteien haben bisher vergebens protestiert und haben um eine Audienz beim König ersucht. Ob sie empfangen wird, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Die Vorwürfe der Kontrollkommission.

In der Hauptsache Kleinkram. — Eine deutsche Gendarmerie.

Der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission für die Entwaffnung Deutschlands, auf den die Nichträumung der Kölner Zone zum vertragmäßigen Zeitpunkt und die neuen Forderungen der Entente gestützt werden, ist im Auszug von der französischen Regierung veröffentlicht worden. Dieser Auszug enthält im wesentlichen das folgende:

Der Bericht erinnert daran, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten vom Dezember 1923 während der gesamten Ruhrbesetzung bis zum Ende des passiven Widerstandes eingestellt hatte. Die Generalinspektion habe vom 8. September 1924 bis zum 25. Januar 1925 gedauert. Während die Kontrollkommission ohne Schwierigkeiten von der Polizei, den Fabriken und den Zivilbehörden aufgenommen worden sei, habe sie den

lebensvollsten Widerstand bei den Militärbehörden

gefunden. Die Militärbehörden hätten sich bis Ende Oktober geweigert, zuzugeben, daß die Kommission die Ueberprüfung auch auf die Vergangenheit erstreckte, so daß jede Möglichkeit zu Vergleichungen ausgeschlossen gewesen sei. Sie hätten sich bereit erklärt, auf Fragen zu antworten, aber sich oft geweigert, die unerläßlichen Dokumente mitzuteilen, oder sie hätten ihre Vorhandensein abgeleugnet. Am 25. September habe die Kommission schließlich das Recht erlangt, die nötigen Dokumente einzusehen. Die Arbeit sei dann durch die Prüfung des Materials wesentlich erleichtert worden, aber hinsichtlich der effektiven Bestände und der Rekrutierungen habe die Obstruktion der Militärbehörden bis zum Ende der Generalinspektion andauert. Die Militärbehörden hätten erklärt, daß sie zu entscheiden hätten, welche Dokumente nötig seien, trotz des Verfallens Artikels 228.

Die deutsche Regierung habe ebenfalls erklärt, daß die Kontrollkommission nicht Kenntnis nehmen könne von dem vollständigen Arsenalmaterial, sondern daß sie im voraus die Dokumente mit Nummern und Datum bezeichnen müsse, die sie einsehen wolle. Die deutschen Behörden würden dann feststellen, ob das Dokument noch vorhanden sei oder nicht. Obwohl eine solche Auslegung die Rechte der Kontrollkommission in unannehmer Weise beschränkt habe, habe diese sich zu zwei Versuchen verstanden. Bei dem ersten habe sie sich erboten, ausdrücklich die Dokumente zu bestimmen und sich mit der Verifizierung seines Vorhandenseins zu begnügen unter der Bedingung, daß diese Nachprüfung von Kontrolloffizieren vorgenommen werde. Die deutsche Behörde habe sich geweigert. Bei dem zweiten Versuch hätten die Kontrolloffiziere ein Dokument nach Nummer und Datum bestimmt. Dies sei ihnen vorgelegt worden, aber sie hätten kaum damit begonnen, es durchzusehen, als man es ihnen wieder entzogen habe. Trotzdem seien ihnen zahlreiche Dokumente vorgelegt worden, aber oft habe es den Anschein gehabt, als seien sie geändert und gewisse Stellen seien offensichtlich jüngsten Datums gewesen. Viele Bücher neueren Datums hätten keine Andeutung darüber enthalten, was sich während der Unterbrechung der Kontrolle abgespielt habe, und die vorausgegangenen Bücher, hätte man erklärt, seien schon zerstört. Sehr oft seien die Dokumente mit Verspätung vorgelegt worden. Manchmal habe man sogar den Zutritt zu den Lokalen verboten. Bei den Küstenbatterien hätten sich Behörden geweigert, die Kontrollkommission an Ort und Stelle den Umfang gewisser betonierter Anlagen nachprüfen zu lassen.

Bei einem unvorhergesehenen Besuch, wie z. B. am 20. Dezember in Potsdam

in den Stellungen, die der Kavallerie des 4. Kavallerieregiments benachbart seien, hätten die Offiziere vergeblich acht Stunden warten müssen, bis sie in das Lokal hätten eindringen können, da es angeblich an eine Person vermietet gewesen sei, die man den ganzen Tag nicht habe auffinden können, obwohl das Kriegsmaterial von außen sichtbar gewesen sei. Um zu verhindern, daß die Läre gesprengt würde, sei man so weit gegangen, zu behaupten, wenn man diese Sprengung vornehme, würde automatisch eine Explosion erfolgen. Es sei schließlich

bedeutsam, daß unter der Beschuldigung des Hochverrats gegen die Verfasser gewisser Presseartikel, die Verfehlungen am Vertrag feststellen, Strafverfahren eingeleitet worden seien, und daß schwere Verurteilungen erfolgt seien, während die Vereinigungen, die eine gegen den Vertrag verstoßende Tätigkeit ausgeübt hätten, die Nachsicht der Behörden gefunden hätten. In erster Linie müsse man aber die militärische Vorbereitung der Jugend und das Vorhandensein von starker Bewaffnung mit Kriegsmaterial nennen. Der Bericht

geht alsdann dazu über, die Ergebnisse der Generalinspektion in drei Rubriken zu bezeichnen.

Kapitel I: Bewaffnung.

Deutschland habe seine Kriegsmaterialfabrikation, ohne Genehmigung und ohne die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt zu haben, wieder aufgenommen, und zwar nicht nur von Munition und Erschließung, sondern auch Waffen und Elementen von Kriegswaffen, Explosivstoffen und verbotenen Mitteln zum Schutze gegen Giftgase (?). Zahlreiche vorgeschriebene Benutzungen seien noch in den privaten Fabriken durchzuführen, und in den Staatsbetrieben sei die vorgeschriebene Herabsetzung nicht ausgeführt worden. In den Deutschen Werken in Spandau, Pippstadt und Ingolstadt habe man eine Verstärkung der Industrieeinrichtungen festgestellt können. Deutschland sei in der Lage, rasch zu fabrizieren und in Massen Kriegsmaterial herzustellen. Wenn man nicht nur die Herstellungsfähigkeit, sondern auch die vorhandenen Einrichtungen ins Auge fälle, müsse man die Ausrüstung und die Reserven der Reichswehr und der Polizei prüfen, sowie

die geheimen Depots, also die Bewaffnung der Verbände. Neben den zugestandenenermaßen vorhandenen Vorräten, habe die Kommission geheime Vorräte entdeckt, z. B. in der Fabrik der Deutschen Waffen- und Munitionswerke in Wittena u 113 Kanonenläufe, 17 000 Maschinengewehrrohre, 17 000 halbfertige Kanonenrohre und 10 000 Rohre für 9-Millimeter-Gewehre. Man habe Hunderte von Kisten entdeckt, in denen Material für die Herstellung von Kriegswaffen verpackt gewesen sei. Das seien nur Beispiele dafür, was die Kontrollkommission gefunden habe; es sei wahrscheinlich, daß sie oft an ähnlichen Lagern vorbeigegangen sei. Vor der Einstellung der Kontrolle im September 1922 sei angeblich die Zivilbevölkerung vollkommen entwaffnet gewesen. Nach Auskünften, die von der deutschen Regierung selbst geliefert wurden, sei jedoch die Entwaffnung noch nicht vollständig beendet. In Bayern namentlich habe man während der Unruhen von 1923 einen Teil der Maschinengewehre, aber keine Kanonen beschlagnahmt können, während im November 1923 Artillerieformationen an dem Staatsreich teilgenommen hätten. Die Lager an Waffen und Munition in Deutschland seien mindestens auf der Höhe des Jahres 1922 geblieben, wo sie größer gewesen seien als die genehmigten Bestände. Die Vorräte seien sogar noch verstärkt worden, wie die Entdeckung geheimer Lager beweise. Die deutsche Regierung zeige schlechten Willen, denn sie habe nicht die beiden Gesetze annehmen lassen, die die Alliierten gefordert hätten, um die unbegrenzte Fabrikation von Kriegsmaterial zu verhindern; das Gesetz, das die Fabrikation und die Ausfuhr von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial verbiete, und das Gesetz über den Handel und die ungesetzliche Fabrikation von Kriegsmaterial.

Kapitel II: Effektivbestände.

Die Reichswehr sei in völligem Widerspruch mit dem Friedensvertrag kein Heer von Freiwilligen, sondern eine Kadrearmee. Während der Unterbrechung der Kontrolle sei die Gliederung der Formationen und Kriegsvorbereitung sehr rege weiter betrieben worden. Ueberall habe die Reichswehr enge Beziehungen zu dem ehemaligen Heere unterhalten, mit dem sie sich durch Schaffung von Traditionseinheiten verbunden habe, sowie ferner durch die alte Landwehrorganisation und dadurch, daß die Verwaltungsglieder der Friedenszeit beibehalten wurden. Entgegen dem Friedensvertrage bestehe immer noch eine Heeresleitung und ein Generalstab. Verbotswidrig habe die Infanterie Infanteriekolonnen, die Kavallerie schwere Maschinengewehre in jedem Regiment, die Artillerie schwere Feldgeschütze und Feuerleitung durch Flugzeuge, der Train die Personal-Ausbildung durch Übungen bei der Artillerie, die die Schlagkraft der Waffe erhöhen, ferner auf Automobilen montierte Maschinengewehre. Schließlich sei die militärische Organisation der Eisenbahn die alte, was nur für ein Volksheer in Frage kommen könne, aber nicht für ein kleines Berufsheer von 100 000 Mann. Die Effektivbestände überschritten die genehmigte Zahl nicht, aber die Kommission habe das

Vorhandensein von Reservelagern für Offiziere und Unteroffiziere und die Vorbereitungen dazu festgestellt.

Die Zeilivwilligen würden gewöhnlich zuerst für zwei Monate eingegliedert, und ihre Ausbildung werde dann durch gewisse patriotische Vereine fortgesetzt. Dieses System sei 1923 geschaffen worden, und obgleich die deutsche Regierung es ableugne, habe die Kontrollkommission zahlreiche Beweise dafür er-

halten. Es sei jetzt noch in Funktion. Uebrigens hätten die Behörden alles getan, um die Luftklärung hierüber zu verhindern. Die Magazine seien für eine viel stärkere Armee, als für die Reichswehr ausgerüstet. Seit 1922 sei das Personal nicht wesentlich herabgesetzt worden. Was die Vorräte anbetreffe, so habe die Kommission zwar keine Ueberschüsse in den Magazinen gefunden, aber doch bei gewissen Einheiten. Sie habe die selbständigen Unterschiede zwischen dem Quantum der vorgeesehenen Rohmaterialien und der Zahl der fertigen Gegenstände ermittelte. Z. B. in Königsberg hätte der Vergleich zwischen diesen beiden Ziffern ergeben, daß

bei jedem Mantel 42 Meter Stoff

hätten verbraucht werden müssen. Der Effektivebestand der Polizei betrage augenblicklich 180 000 Mann statt 150 000. Wenn man auch die Hilfspolizei aufgelöst habe, so sei der Grundlag ihres Fortbestehens in einzelnen Ländern selbsthalten, und bisweilen, wie in Thüringen, waren sogar budgetäre Maßnahmen für eventuelle Einberufung einer Hilfspolizei getroffen.

Die deutschen Behörden hätten alles getan, um den Bestand und die Tätigkeit der patriotischen Vereine zu verheimlichen.

Bei einem nicht angekündigten Besuch im Sennelager am 11. Dezember habe die Kommission die Anwesenheit von Mitgliedern der Vereinigung jungdeutscher Orden entdeckt, die einer militärischen Instruktion beigewohnt hätten.

Kapitel III: Die Festungen.

Seit 1922 hätten die Küstenbefestigungen gewisse Veränderungen erfahren: neue Betonkonstruktionen, neue unterirdische elektrische Kabel sowie militärische Servituten seien eingerichtet worden. Es wäre jedoch unmöglich gewesen, angesichts der Obstruktion der deutschen Behörden, den Umfang der Veränderungen festzustellen.

Im September 1923, als die Kontrolle unterbrochen worden sei, seien die Befestigungen Deutschlands in fünf Rubriken eingeteilt worden. 1924 hatte die Kommission festzustellen, welche Fortschritte die Ausführung dieser Punkte gemacht habe.

Nach einer — schon aus der Note bekannten — Aufzählung dessen, was die deutsche Regierung nachzuholen habe, kommt der Bericht zu folgenden Schlüssen: Hinsichtlich Bewaffnung und sonstigem Kriegsmaterial scheint die militärische Stärke Deutschlands seit 1922 ungefähr die gleiche geblieben zu sein. Keine der zu jener Zeit festgestellten Befestigungen sei beseitigt worden. Die Punkte, in denen die militärische Macht Deutschlands eine ausgesprochene Verstärkung erkennen lasse, lägen auf dem Gebiete der Effektivebestände, der Rekrutierung und der militärischen Ausbildung sowie der gewissen Ausrüstungen und Befestigungen.

Zum Militärkontrollbericht wird von zuständiger Berliner Stelle betont, daß dieser Bericht schon im Januar verfaßt worden ist. Seitdem seien eine ganze Reihe Anstände abgestellt worden, sie stünden deshalb auch nicht mehr in der Rolle der Botschafterkonferenz. Die Befähigung der Obstruktion deutscher Behörden gegen die Generalinspektion sei schon dadurch widerlegt, daß zweitausend Kontrollbesuche vorgenommen wurden, ohne daß bekannt geworden sei, daß sie ihren Zweck nicht erreicht hätten. Allerdings sei das Austreten der Kontrolle von Woche zu Woche schroffer geworden, so daß man den Eindruck hatte, es werde ein Vorwand gesucht, um die Generalinspektion abbrechen zu können; wenn sie trotzdem bis zum Schluß durchgeführt worden ist, so sei das der beste Beweis gegen die behauptete Obstruktion.

Alle Dokumente, die die Kontrolle auf Grund der Berliner Bestimmungen anfordern konnte, sind ihr gezeigt worden. Sie verlangte aber das gesamte Aktenmaterial der Behörden, Regimenter usw. Dazu ist die Kontrolle nach dem Versailler Text nicht berechtigt und unter dem gesamten Aktenmaterial befinden sich auch private Familienangelegenheiten, die man Unberufenen nicht zur Kenntnis geben könne.

Der vom Bericht erwähnte Fall in Potsdam bezog sich nicht auf eine Stallung, sondern auf ein Gebäude neben einer Kaserne, in dem Privatpersonen wohnen. Da die Reichsregierung der Generalinspektion auch die Durchsuchung von

Privaträumen zugestanden hätte, geschah dies in jenem Hause. Ein Raum war verschlossen, die von der Kommission verlangte Aufbrechung wurde allerdings abgelehnt, weil der Bewohner nicht anwesend war. Es wurde keine Zurückdringung veranlaßt, und das Gebäude wurde bis zum Wiederkommen der Kontrolle von Kriminalpolizei bewacht, damit nichts weggeschafft werden könne. Die Kontrolle fand in dem Raum — einige alte Uniformen des Gardehufarenregiments, von denen sie dann selbst gestattete, daß sie in der üblichen Weise verwertet werden dürfen. Was die angebliche Wiederaufnahme der Waffen- und Munitionsherstellung anbelangt, so hat die I.M.R. das Recht in Anspruch genommen, den zur Heereslieferung von ihr zugelassenen Fabriken den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Fabrikation vorzuschreiben zu dürfen; wahrscheinlich wollte die I.M.R. das erst bei Ablauf der Kontrolle tun.

1923 waren die Reichswehrbestände auf 50 Proz. herabgesunken und es war in der damaligen bewegten Zeit notwendig, die Bestände aufzuwüllen. Es wurde also nach Mitteilung an die I.M.R. die Fabrikation in der vorgeschriebenen Weise wieder aufgenommen.

Die zuständige Stelle meint weiter, es sei nicht einzusehen, was die Einrichtung der Traditionskompanie bei der Reichswehr mit verbotenen Rüstungen zu tun habe. Die Klage, daß die alte Landwehrorganisation noch bestehe, wird angesichts der Tatsache, daß diese Organisation schon vor 25 Jahren durch die Bezirkskommandos ersetzt worden ist, die wiederum sämtlich abgeschafft sind, soweit man sie nicht zu Versorgungsämtern umgewandelt hat, darauf zurückgeführt, daß die Kontrolle irgendwo auf dem Lande noch die alte in Schilder „Landwehrbezirk... Landwehrkompanie...“ angetroffen habe.

In den Festungen sind lediglich Erhaltungsarbeiten vorgenommen worden, deren Ungefährlichkeit die Botschafternote selbst dadurch zugibt, daß sie ausdrücklich sagt, sie können bestehen bleiben. — Die Forderung, daß nach der vollzogenen Aufhebung des Kriegsleistungsgesetzes auch die Ausführungsgeetze einzelner Länder dazu aufgehoben werden müßten, wird als erledigt erachtet, weil mit der Aufhebung eines Reichsgesetzes die dazu ergangenen Ausführungsgeetze auch erledigt seien. Die Kontrolle habe bei einigen bayerischen Behörden noch unvernichtete Pferdestammrollen gefunden, aber diese Pferde seien wahrscheinlich längst in Frankreich und Rußland und in nicht lebendem Zustande.

Eine andere zuständige Stelle redet sich hinsichtlich des Kontrollberichts auf die Hoch- und Landesverratsprozesse gegen deutsche Zeitungen darauf hinaus, daß diese nicht erfolgt seien, weil die betreffenden Artikel Befestigungen gegen die Entwaffnungsvorschriften festgestellt, sondern weil sie stillschweigend oder ausdrücklich den Vorwurf erhoben hätten, die deutsche Regierung unterstütze solche Befestigungen. Danach habe auf Grund des Strafgesetzes Verurteilung erfolgen müssen. (?)

Schließlich wird zu dem Vorwurf, daß gewisse Gesetze noch nicht in Kraft seien, darauf hingewiesen, daß durch Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 Fabrikation, Ein- und Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial genau geregelt ist. Einzelne Punkte dieses Gesetzes hat die Internationale Militärkontrollkommission beanstandet. Darüber wird seit langem verhandelt, und die Botschafternote verlangt in diesem Punkt Weiterführung dieser Verhandlungen. Hiernach sei der Vorwurf des Kontrollberichts, die deutsche Regierung zeige schlechten Willen, mindestens eine sehr starke Ueber-treibung.

Seelentest in China.

London, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in China geht weiter und hat die Solidaritätserklärung der Seelente auf Umfang zugenommen. Die Matrosen von sechs englischen Dampfern traten am Montag in den Ausstand. Die japanischen Dampferlinien befürchten eine Stilllegung ihres Verkehrs und beabsichtigen, die chinesische Mannschaft durch japanische Seelente zu ersetzen.

kann diesen Begriff nicht haben. Es muß ihm fremd sein, daß die Kunst das Vollkommene darstellt gegenüber der Wirklichkeit. Der Schönheit eines Musikstückes geschieht daher seinen Begriffen nach durch ein paar Fehler nicht so sehr Abbruch, daß das Fehlerlose durchaus entzogen werden müßte, nachdem ein Stück in jeder Note bekanntgeworden und in all seinem Reuen und Amüsanten durchkostet ist. Gerade bei lebhaften, aufnahmefähigen Kindern mit solcher Fantasie tritt Langeweile und Ueberdruß ein, wenn man ihre Lust, neues kennenzulernen, aufhält. Gewiß ist es die Aufgabe des Lehrers, die technischen Mittel so in die Hand zu geben, daß dabei keine Müdigkeit aufkommt, aber gekannt werden kann nur immer das Juridizierende, das nicht mehr Aktuelle, und nur das kann, wenn es wieder hervorgeholt wird, für technisches Können eine Probe sein. Bei dem Reuen aber üben Fantasie und Reue die Borrechte aus, und die kindliche Lust an der neuen Musik lebt nur so lange, bis das Neue erlebt ist. Liebt man an dieser Stelle aus erzieherischen Gründen einen Druck aus, so mag man möglicherweise Disziplin als Resultat erzielen, die Lust an der Musik aber wird zerstört. Wehnliches gilt für Zeiten der Anlust, die auch bei begabten und lernerfürgen Kindern auftreten und deren Gründe nicht immer an der Oberfläche liegen. Vielleicht sind gerade andere Interessen in den Vordergrund getreten, vielleicht schließt ein Abschnitt des Kunstlebens heimlich ab. Alles Lernen verläuft mehr oder minder deutlich in diesem natürlichen Rhythmus von Lust und Unlust. Eine Zeilung mit den Musikstunden auszugehen, ist das Beste, die Lust wieder aufzuwecken zu lassen.

Dies alles ist vom Kind gesprochen; der heranwachsende Mensch, dem der Begriff des Kunstwerks aufsteigt, schöpft seine Kraft, das Vollkommene darzustellen, aus tieferen Quellen. Die Musik hat einen festlichen Charakter. Musik hören, heißt die Schwere abschütteln und langfröh werden. Ich nenne die erste Aufgabe der Musikstunden bei Kindern die, ihnen die Lust für ihr Leben zur Freundin zu machen und dafür zu sorgen, daß sie ihnen immer festlich und froh bleibe.

Im Segelboot rings um die Welt. Ein Irländer namens Connor O'Brien hat vor zwei Jahren eine Weltreise angetreten, die auf Grund einer Wette in einem kleinen Segelboot von zwanzig Tonnen vor sich gehen sollte. Sein einziger Begleiter war ein junger Eingeborener von der Insel Tonga in Ozeanien. Die Reise begann in Kingstown in Irland. Gegenwärtig befindet sich O'Brien im Hafen von Foyal auf den Azoren und gedenkt Ende dieses Monats wieder in Kingstown einzutreffen. Wie er nach Dublin berichtete, hat er während der Reise schwer an den Augen gelitten. Während der Ueberfahrt von Pernambuco nach den Azoren war er fast blind. Obendrein war sein junger Gefährte einige Tage krank. Um die weite Reise fortsetzen zu können, mußte O'Brien in der Nacht Segel und Steuer allein bedienen, während der Kranke am Tage auf Kissen gebettet am Steuer saß und so ihm wenigstens einen Teil der Arbeit abnahm.

Die Einigung Briand-Chamberlain.

Wißtimmung und Vorbehalte in England.

Die Tatsache, daß eine Einigung zwischen den beiden Außenministern Englands und Frankreichs in Genf so schnell zustande gekommen ist, wird von der Londoner Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen, zumal die offiziellen französischen Kommentare die Sachlage so darstellen, als hätte Chamberlain in wesentlichen Punkten nachgegeben. Insbesondere vernimmt der „Daily Telegraph“ in der französischen Darstellung den Grundlag der völligen Gegenseitigkeit bei der Garantieung der deutschen Westgrenze durch England. Ferner fehle jeder Hinweis auf Italien, das von Deutschland ebenfalls aufgefordert worden sei, sich zum Garantiepakt zu äußern und das auf diese Anregung zustimmend geantwortet habe. Schließlich wünscht das Blatt eine sorgfältige Definierung des „unprovokierten Angriffes“, der Frankreich eventuell das Recht geben würde, in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einzurücken. Die liberalen Blätter verhalten sich misstrauisch, ebenso der „Daily Express“, der grundsätzlich für eine Isolierungspolitik Großbritanniens eintritt und in der Genfer Vereinbarung eine „epochemachende Veränderung in der britischen Politik“ erblickt. Die „Times“ dagegen rufen Deutschland gut zu, dem sowjetrussischen Druck nicht nachzugeben und dem französisch-englischen Vorschlag beizutreten, da auch deren östliche Modalitäten dem deutschen Vorschlag von Schiedsgerichtsverträgen entsprächen.

Die Pariser Presse ist über den Erfolg Briands sichtlich zufrieden, doch vermuten die nationalistischen Zeitungen, daß Deutschland es ablehnen werde, auf diesen Boden zu treten.

Prag, nicht Magdeburg!

Ein tschechischer Richter, nicht ein Bewersdorff.

Wenn Bewersdorff über den Vorwurf zu richten hat, die deutsche Regierung bestehe aus „Landesverrätern“ und gehöre vor den Staatsgerichtshof, oder der deutsche Außenminister sei mit tschechischen Kronen bestochen, so ahndet er das mit 100 — einhundert — Reichsmark!

Ganz anders urteilen tschechische Richter. Wie aus Prag gemeldet wird, hatte sich am Montag dort ein tschechischer Richter vor Gericht wegen Beleidigung des deutschen Reichspräsidenten und des Deutschen Reichstages zu verantworten. Der Richter hatte in einer Versammlung den deutschen Reichspräsidenten einen „Schuft“ und den Deutschen Reichstag eine Quasellende geheißen. Der Staatsanwalt erhob gegen den Mann Anklage. Er wurde gestern zu 14 Tagen Arrest, verurteilt durch 2 Fasttage, verurteilt.

Der tschechische Richter soll die Absicht geäußert haben, nach Verlauf der vierzehn Tage nach Magdeburg auszuwandern, wo er in Zukunft bei Bewersdorff mehr Verständnis zu finden hofft. Das wird ihm aber auch nicht viel helfen, denn Bewersdorff ist bereits von den Deutschen als preußischer Justizminister in Aussicht genommen für den Fall, daß ihre junkertlich-preussischen Wünsche sich eines Tages erfüllen sollten.

Krisenstimmung an der Börse.

Neue Kursrückgänge.

Die heutige Börse eröffnete ohne jegliche Anregung und in unsicherer Haltung. Die Tendenz neigte auf allen Gebieten leicht nach unten. Für die Bausgruppe bestand daher, trotz des angeblich am Montanaktienmarkt vorhandenen Decouverts, kein Grund zu Deckungskäufen; man schritt vielmehr anfangs zu neuerlichen Abgaben. Der freie Verkehr in Vorkriegspondbriefen war etwas lebhafter als bisher. Die Kurse neigten jedoch entsprechend der allgemeinen Börsenlage nach unten. Deutsche Erdöl waren infolge der Stilllegung der Mineralölmwerke Rufe anjangs stärker angeboten. Der Satz für tägliches Geld erfuhr mit 7½ bis 9½ Proz. eine Erleichterung. Monatsgeld 9½ bis 11½ Prozent. Am Devisenmarkt beobachtete man lebhaftere Interventionen zugunsten des französischen Franken, der dadurch gegen London eine erhebliche Befestigung auf 99,30 erfuhr. Die Diskontenerhöhung in Italien blieb jedoch auf dem Vorkurs zunächst einflusslos. London in Mailand unverändert 122.

Levesitgas und Mannesmut. Die massigen Großkampfflugzeuge, die heute von den Siegermächten des Weltkrieges unter der Bezeichnung „Weltabrüstung“ hergestellt werden, haben eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 450 Kilometer in der Stunde. Noch vor fünf Jahren hätte man eine solche Geschwindigkeit in das Reich der Fabel und Utopie verwiesen. Ein solches Flugzeug konnte etwa im Falle eines neuen deutsch-französischen Krieges schon innerhalb einer Stunde und zwanzig Minuten den erkrankten Berlinern die Bestätigung des Kriegsausbruches bringen. Noch ehe die Flugblätter trocken sind, die das neue Stahlbad ankündigen, kann man eins von den Wissenschaftlern, die diese majestätischen Könige der Luft bekanntlich legen, zur Wahlzeit aufgetischt bekommen. Diese Bomben, die über einen Zentner wiegen und zu Dutzenden von solch einem Riesenvogel mitgeschleppt werden können, sind mit einem außerordentlich giftigen Gase gefüllt. „Die Wirkung der Levesitgasbomben ist so stark, daß in den großen Hauptstädten, auf die Bomben herabgeworfen werden, in kürzester Zeit jedes Leben vernichtet sein wird. Kein Keller wird die Bewohner schützen können, denn das Gas ist schwer und sinkt zu Boden. Auch die Wasserleitungen werden verpestet werden. Die Gase... haben einen entsetzlichen, qualvollen Tod zur Folge. Kein Schuttmittel wurde bisher gefunden.“

So lautet wörtlich der amtliche amerikanische Bericht. Die Aussichten für den nächsten frisch-fröhlichen Krieg sind also ungemain verlockend. Wir werden uns schon damit abfinden müssen, daß ein neuer Krieg sehr wenig mit Entwicklung von Schönenlinien, mit Bajonettsangriffen und Entfaltung von persönlichem Mannesmut zu tun haben wird. Es bräut heran und schwebt über uns wie eine Schicksalsmacht, wie der Schwarze Tod des Mittelalters. Man stirbt, unsinnigen, von Menschen entsetzten Kräften preisgegeben; man sinkt dahin wie eine vom Wüstenglutwind über-raschte Karawane. Was hilft da noch persönlicher Mut und körperliche Erleichterung? Der Typus des vorwärtsstürmenden Führers ist eine historische Erinnerung geworden: es gibt nichts mehr zu stürmen, keinen Gegner, denn man an die Reife springen kann. Was einst unter anderen Umständen „Tugend“ genannt werden konnte, ist heute Rauf, Kinderspiel und Pose, die nur noch abern wirkt. Wer will denn ein Held sein im Kampfe gegen betäubende und vernichtende Gase?

Neue Naturschutzgebiete bei Berlin. Die offizielle Erklärung weiterer naturgeschichtlich wichtiger Gebiete zum Naturschutzgebiet steht in der näheren Umgebung von Berlin bevor. Sie dient nicht nur dem wissenschaftlichen Nutzen, sondern auch dem forstlichen Interesse, da durch die Erhaltung von Mooren und Sumpfgewässern die Bodenwasserbestände in den Berlin umgebenden Beständen günstig beeinflusst werden. Zur Durchführung solcher Bestrebungen sind im Benehmen mit den staatlichen Naturschutzstellen eine Reihe von größeren Gebieten auszuweisen worden, die von der forstlichen Bewirtschaftung ganz verlehnt bleiben. Daron liegen im Grunwald das Hundefehlen-Moor, das Riemmeißer-Luch, der Barfch, und Pechsee mit ihren Rändern, und in der Försterei Fahlberg bei Rahnsdorf die Krumme Laake.

Ein Glasbrenner-Abend mit dem Thema „Alles lustiges Berlin“ findet heute Abend 9 Uhr in der „Urania“ statt.

Musikstunden.

Von einer Musiklehrerin.

Ich wende mich an alle Mütter, deren Kinder Musikstunden nehmen, und damit an einen großen Kreis. Denn fast jede Mutter läßt ihrem Kinde Musikstunden geben, wenn ihre Mittel es nur irgend zulassen. Sie tut es von dem Gedanken aus, daß zu einer guten Bildung auch Musikstunden gehören. Doch geht sie hierbei von einem falschen Begriff der Bildung aus. Denn Bildung ist kein Gefüge aus bestimmten Stoffen, von denen Kunst oder Musikkenntnis notwendig ein Teil ist, und auch kein Ding, das für Geld und ein bißchen guten Willen gleich zu haben ist. Sondern Bildung ist ein absolutes Können und Verstehen einer Sache oder einer Auswahl von Dingen, die zu dem betreffenden Menschen passen, für die er talentiert ist. Die Betonung liegt hierbei auf dem „absolut“ und dem wirklichen Verstehen, das sich eben ohne besondere Eignung zu einer Sache nicht erreichen läßt. Euer Kind, das gut handarbeiten macht oder zeichnet, ist nicht um einen Grad gebildeter, wenn es dazu noch schlecht Klavier spielt.

Und so sollen auch nur die musikalischen Kinder Musikstunden haben. Wenn ein Kind richtig singt, Melodien leicht behält und gern Musik hört, so kann es als musikalisch gelten. Wenn ein solches Kind den Wunsch ausdrückt, Musikstunden zu bekommen, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß sein Interesse nicht so bald erlöschen wird. Gewiß können auch wenig musikalische Kinder eine große Reigung zur Kunst und den brennenden Wunsch nach Musikstunden haben, doch würde ich im allgemeinen keines Musikstunden nehmen lassen, das nicht richtig singt. Es gibt wohl einen Weg, das Gehör und das rhythmische Empfinden in besonderem Unterricht zu entwickeln, und ich will den Wert der Aufgabe nicht unterschätzen, einem wenig musikalischen Menschen durch Entwicklung seiner Musikalität das Tonreich und die Freude seines Genusses aufzuschließen. Doch dieser Weg ist kostspielig und mühevoll. Schulkinder haben wenig Zeit und für jeden Tag ein richtiges Programm aus Schule, Schularbeiten, Spazierengehen usw. Den wenigsten von ihnen bleiben jeden Tag ein paar Stunden zum vollen Leben für ihre Phantasie. Aber gerade in diesen Stunden wachsen alle schulummernden Fähigkeiten, und ich glaube nicht, daß man mehr gibt als nimmt, wenn man diese Stunden zugunsten einer allein musikalischen Ausbildung vertauscht.

Wenn die Kinder nun eine Zeilung Musikstunden haben, so müssen sie etwas vorpielen, um zu zeigen, was sie können. Es kommt nur darauf an, daß sie ein paar Stücke mit recht viel Klingklang und der dazu nötigen Fertigkeit festherrs vortragen. Können sie das nicht, so haben sie keine Fortschritte gemacht, woran notwendig entweder die Kinder oder die Lehrer die Schuld tragen müssen. Jedem Kinde fehlt der Begriff des Kunstwerks, und es

Sommertagung der Parlamente.

Reichstag und Landtag.

Reichstag und Landtag sind heute zu ihren Sommer-tagungen zusammengetreten. Auseinandersetzungen von größter Bedeutung stehen vor allem im Reichstag bevor. Handelt es sich hier doch um nicht mehr und nicht weniger als um eine Entscheidung über die künftige Gestaltung unseres Finanz- und Zollsystems. Die Notwendigkeit dieser Entscheidung fällt in eine Zeit, in der Deutschland nicht nur von einer Wirtschaftskrise bedroht, sondern auch von schwierigsten Fragen der Außenpolitik, durch die Entwaffnungsnot und die Diskussion über den Sicherheits-pakt bedrängt ist. Dies alles läßt im Reichstag ausgedehnte und leidenschaftliche Kämpfe erwarten. Der Sozialdemokrat als der Vertreter der arbeitenden Massen sind dabei Auf-gaben von größtem Umfang gestellt. Es läßt sich voraus-sehen, daß ihr Kampf gegen den drohenden Brotmangel, für eine aktive krisenverhütende Wirtschaftspolitik die Situation beherrschen wird.

Anders als im Reich liegen die Dinge in Preußen. Der Preussische Landtag wird nicht in dem Maße von den drängenden Problemen der großen Politik bestürmt, wie das beim Reichstag der Fall ist. Man rechnet daher damit, daß die Sommer-session des Landtags einen verhältnismäßig ruhigen und kurzen Verlauf nehmen wird. Natürlich werden die Deutschnationalen den Sturm auf die ihnen verhasste Regierung Braun nicht aufgeben, aber sie können dabei nicht mehr in dem Maße wie früher auf die unbedingte Gefolgschaft der Volkspartei und der Kommunisten zählen. Abgesehen von einem engen Kreis zielbewusster Futterskippen-politiker auf der Rechten ist die Reigung, in Preußen eine neue Ära der uferlosen Regierungskrisen zu eröffnen, nicht besonders groß. Eben deswegen haben wir uns an allem Gerede aufgeregter Gerüchteträger über Preußen nicht beteiligt.

Käme es wider Erwarten anders und würde die kritische Lage im Reich auch noch durch eine Preußenkrise kompliziert, dann freilich ständen alle Zeichen auf Sturm. Aber auch diese Situation würde die Sozialdemokratie nicht unvorbereitet finden.

Zentrum und Agrarfrage.

Verständigung mit den Bauernvereinen.

Akt. 9. Juni. (Eigener Drohtbericht.) Der agrarische Zentrumsführer Freiherr von Bae, der bekanntlich auf der letzten Tagung der rheinischen Zentrumspartei scharfe Angriffe gegen die Politik des Reichszentrums erhob, hat, wie die „Kölnische Volkszeitung“ am Dienstagmorgen mitteilt, die Hand zu einer Ver-ständigung mit seinen Parteifreunden geboten. Ein vom Par-teitag der rheinischen Zentrumspartei eingesetzter Ausschuss hat gestern mit Freiherrn von Bae und mehreren führenden, dem Zentrum angehörenden Vertretern der rheinischen Landwirtschaft über die vorliegenden Meinungsverschiedenheiten beraten und ist einmütig zu der Auffassung gekommen, daß die Presseauseinander-setzungen der letzten Zeit unter allen Umständen ein Ende haben müßten. Mit diesem Beschluß ist zwar der Streit dem Blickfeld der Öffentlichkeit vorläufig entzogen, sicher ist aber, daß unter dieser Decke und innerhalb der Organisation die Auseinander-setzungen zwischen dem agrarischen Flügel und der nicht-agrarischen Parteimehrheit mit unverminderter Heftig-keit weiter ausgetragen werden.

Stinnes für Horthy!

Die „U.Z.“ für die Mörderparteien Ungarns!

Was kaum ein deutschnational-völkisches Organ bisher sich gestattete, das bleibt dem Organ der Gebrüder Stinnes vor-behalten: Der Budapestener Mitarbeiter dieses Blattes bringt es fertig, sich zum Fürsprecher der magnarischen Mörderbanden zu machen, die unbequeme Kritiker in die Donau „baden“ schicken, nachdem sie ihnen vorher den Schädel eingeschlagen hatten!

Die Ermordung der sozialdemokratischen Redakteure durch Horthy-Banden und unter Billigung des jehigen „Paladin“ wird in dem Blatt des Inflationengewinners so zu be-schönigen gesucht:

Nach dem Zusammenbruch der roten Herrschaft, ehe noch die Ordnung vollkommen hergestellt war, wurde da und dort von den Weißen — wie sich die amtlichen Berichte ausdrücken — in patrio-tischer Aufwallung Vergeltung geübt. Anfang Februar 1920, als Horthy noch Oberkommandant der Nationalen Armee war, wurden auch zwei Schriftsteller des Budapestener sozialdemokratischen Organs „Népszava“ (Volksstimme), die sich gegen den Umschwung der poli-tischen Lage und die augenblickliche Willkürherrschaft rückwärts-los ereiferten, ums Leben gebracht. Sie wurden in einem Kraftwagen entführt, außerhalb der Hauptstadt erschossen und in die Donau geworfen. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Die Regierung wehrt sich aber die Sache auch nach Jahren nicht auf sich beruhend, sondern gab sich Mühe, die Angelegen-heit zu klären, und gelobte, die Schuldigen dem Gerichte zu über-antworten, damit sie ihre gerechte Strafe erhalten.

Daß „auch“ zwei sozialdemokratische Redakteure ermordet wurden, erscheint dem Stinnes-Journalisten nur als eine „Ver-geltung aus patriotischer Aufwallung“! Was ist schon dabei? Die Regierung wehrt sich nicht, sondern untersucht doch immer noch und ist nach fünf Jahren so eifrig bemüht, die Täter zu finden!

Daß im Parlament und in der Presse als einer dieser Mörder ein hoher Beamter des Kriegsmini-steriums immer wieder bezeichnet und dessen Verhaftung ge-fordert worden ist, davon weiß der Budapestener Stinnesmann rein gar nichts! Er sieht nur die Empörung der Sozialisten und Demokraten, weiß, daß deren Vorkriegsblut in der Haupt-stadt die Horthyisten bei der Gemeinderatswahl vernichtend geschlagen hat und behauptet, ihnen sei deshalb „der Kamm geschwollen“.

Daß das deutsche Stinnesblatt so zum Reptil der ungarischen Mörderpartei herabsinken würde, hatte man bisher trotz allem nicht erwartet. Aber freilich, in Ungarn haben ja auch die Erzberger-Mörder Heim- und Freistatt gefunden, beschützt durch die getreuesten Anhänger des „Pa-ladins“ Horthy. In Ungarn sitzen auch noch Führer der Rappisten, die sich bisher nicht nach Deutschland zurücktrauen. Nach Ungarn spannt Meineids-Ehrhardt seine Fäden. Von Ungarn kommt jetzt der vor dem Abbau stehenden „U.Z.“ die politische Nordverherrlichung! Es wäre ein Wunder, wenn sich der „Paladin“ und die Seinen aus dem Königreich ohne König nicht für footel guten Willen erkenntlich zeigen würden!

Zur Niederwerfung des Aufstandes auf Samos hat die griechische Regierung über die Küste die Blockade verhängt und Verfür-tungen nach der Insel gesandt. Die meisten „Rädelasführer“ sollen bereits gefangengesetzt sein.

Wochenmarkt.

In einem kleinen Dorort am Rande Berlins ist Wochenmarkt. Jener Volkswochenmarkt ausgesprochen kleinstädtischen Kalibers mit dicken, sehr lauten Marktfrauen, mit primitiven Fleischständen aus brüchigem Bretterholz, mit Obstwagen und viel Straßenhuhm.

Es ist nicht angenehm, sich durch die engen Wege zwischen den Verkaufsständen hindurchzuzwängen, zumal, wenn diese Wege von Frauen dicht besetzt sind, die mit ihren Groschen voller Sorge und Vorsicht an den Einkauf gehen. Vierundzwanzig Mark verdient der Mann in der Woche und dazu steigen wiederum täglich die Preise.

Aber es gibt noch Leute, die auch nichts einkaufen, denen jedoch selbstamerweise dies enge, feilschende Gewirr unendliches Vergnügen macht.

Ein Sonderling? Vielleicht. Jeden Morgen muß ich auf dem Wege ins Bureau an dem kleinen Platz vorbei.

Mit der vermittelten alten Kirche im Hintergrund, dem ge-spreizten Standbild irgendeines verklungenen Wartgrafen in der Mitte und dem Friseurgeschäft, das täglich mit Sehnsucht auf die Kunden wartet.

Alle acht Tage ist hier Wochenmarkt. Fleischbuden, Obststände und das Geschwirr harter, verarbeiteter Stimmen. Es ist der Ein-kauf des Volkes.

Und alle acht Tage sehe ich da einen Mann. Sehr abgerissen, sehr verbungert, ein durch die Dual ständlicher Sorge versehrtes Gesicht. Und dabei ein verzweifelter Versuch zu penibler Sauber-keit. Trotzdem. Es ist ein Sterbender, der den heißen Willen zum Leben hat. Der geht langsam mit schleichendem Schritt an den Ständen vorbei; windet sich mit emsiger Gebuld durch das drängende, stoßende Gewirr der Masse Mensch.

Und sein Blick hoffet mit seltsamem, suchendem, fast genießendem Blick an den Auslagen. Den Fleischständen, die an rostigen Haken hängen, den geschichteten Käserollen, dem Obst Es ist kein Bettler.

Aber ich glaube, er hungert. — —

„Es ist nicht angängig . . .“

Verbot der Reichsflagge an Mietern in Staatsgebäuden.

Der Flaggengeweißkampf bei der Wahl des Reichspräsidenten hat allerhand seltsame Episoden gezeigt, die uns im allgemeinen als Symptome für die öffentliche Meinung wichtig waren, uns aber nicht sonderlich beunruhigten. Einer der Fälle, in denen an öffent-lichen Gebäuden schwarzweißrote Fahnen angebracht waren, daß das Publikum annehmen konnte, hier sei an amtlicher Stelle eine andere als die gesetzliche Fahne aufgezogen worden. Das mußte der Staat unter allen Umständen verhindern.

Unsere Genossen haben sich im Landtag gegen den Lehrer einer Dorfschule, in Hermannsdorf in Schlesien, gewendet, der dort als einziger am Schulhaus die schwarzweißrote Fahne gezogen hatte; ebenso unangenehm wirkte z. B. das Postgebäude in Hermannsdorf bei Berlin, wo aus mehreren Fenstern Schwarz-Weiß-Rot geflaggt war. Dagegen haben wir es recht ruhig betrachtet, wenn etwa am Post-amt Lothringer Straße, der dort noch wohnende pensionierte Post-direktor aus seinem Fenster die schwarzweißrote Fahne zeigte. Jedem Beschauer erschien diese Fahne als eine nicht amtliche. Nun liegt uns aber eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums Berlins, über das Flaggan an Dienstgebäuden, vor, die, zurückgehend auf einen Erlaß des Kultusministers Dr. Becker, erklärt:

„Es ist nicht angängig, daß Mieter, seien sie Beamte oder nicht, durch das Hissen von Fahnen zu der Annahme Anlaß geben, es handle sich um eine amtliche Kundgebung,“ denn, so heißt es da, „In Dienstgebäuden darf nur von der Behörde selbst geflaggt werden.“

Zugrunde liegt dieser seltsamen Entscheidung der Tatbestand, daß eine Beamtin, die ihre Wohnung in den Räumen des Provinzial-schulkollegiums hat, die Reichsflagge, am 24. März 1925, zeigte; das wurde ihr unterfangt mit der Bemerkung, daß auch andere Fahnen im ganzen Gebäudekomplex nicht gezeigt werden dürfen. Gleichwohl hat ein anderer Mieter im gleichen Häuserkomplex, der früheren Kadettenanstalt, Schwarz-Weiß-Rot geflaggt, ohne daß ihm das verwehrt wurde. Uns ist es ganz unverständlich, wie eine Behörde sich dagegen wehren kann, daß die Fahne, die sie selbst mit Stolz an Festtagen trägt, auch noch von ihren Mietern gezeigt wird! Das Berliner Provinzialschulkollegium hat vor einiger Zeit den Schülern aller Schulen das Tragen von Abzeichen verboten.

Am Verfassungstage dürfen also die preußischen Schu-lkinder nicht in der Schule die deutschen Farben zeigen! Am Verfassungstage dürfen deutsche Mieter in Staats-gebäuden nicht die deutsche Fahne aufziehen! Und das ist ein Minister der Weimarer Koalition in Preußen, der so handelt. Das ist der Minister für Volksbildung des größten deutschen Staates! Armes Deutschland!

Eine Familientragödie in Spandau.

Aus noch unbekanntem Gründen erschob am Sonntagabend der 42 Jahre alte Lokomotivheizer Karl Bengsch in der Hamburger Straße 98 zu Spandau seine gleichaltrige Ehefrau, seine 14jährige Tochter Magdalene und endlich sich selbst. Hausbewohnern war aufgefallen, daß sich am Montag kein Mitglied der Familie Bengsch zeigte. Da auch die Vorhänge den ganzen Tag über zugezogen blieben, vermutete sie einen Unglücksfall und riefen die Schutzpolizei herbei. Diese verschaffte sich Zutritt und fand die ganze Familie tot auf. Niemand Anschein noch hat Bengsch zuerst seine Frau, dann seine Tochter durch Kopfschüsse getötet, während sie schliefen. Dann brachte er sich selbst einen Schuß in den Kopf bei. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß er die Tat bereits in der Nacht zum Sonntag begangen hat. Welche Gründe ihn dazu veranlaßten, ist unklar, da er mit den Seinen in geordneten Verhältnissen lebte und auch von Zwistigkeiten nichts bekannt geworden ist. Die Leichen wurden vorläufig beiseitegenommen.

Theater im Freien.

Wenn man zu einem Berliner vom Volkspart Jungfern-heide spricht, so kann man mit ziemlicher Sicherheit wetten, daß man zur Antwort bekommt: „Ach ja, ich habe auch sehr gern im Freien“, oder so ähnlich. Denn die Badeanstalt mit der an-schließenden Planschwiele für die Kleinsten ist der Anziehungs-punkt für die Scharen, die täglich hier herausplätschern. Vielleicht macht dem nassen Element aber in Zukunft die im vergangenen Jahre hier angelegte Freilichtbühne Konkurrenz; natürlich nur in freundschaftlicher Weise. Denn wer sich die Aufführungen anschaut, die das Bezirksamt Charlottenburg vorläufig nur Sonnabend und Sonntag nachmittags auf ihr veranstalten will, kann ja ohne Schaden vorher oder nachher baden gehen; er wird wohl auch in den meisten Fällen diese beiden Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wie schön das sein wird: man steigt erfrischt aus dem Wasser, läuft nur wenige Minuten, und steht in dem entzückendsten Freilicht-Theater, das ich je sah. Wenn dann noch, wie am letzten Sonnabend, mit den ersten Taktten der Mozart-Rustel der bewölkte Himmel sich wieder auflüht und nur noch düstige, weiße Kofoto-Wölken über das strahlende Blau jagen, wenn vor den geschnittenen Hecken als gutgeschulte Statisten vier Rohweihlinge flattern — wer wird dann das scharfe Messer „Kritik“ wehen und nicht dankbar das Gebotene nehmen, zumal es als Ganzes wirklich sehr anmutig war! Auf Goethes „Laune des Verliebten“, für die das Theater ebenso er-richtet zu sein schien, folgte ein Schwanz von Hans Sachs, „Das Räuberbraten“, die rosenmundene Schaul, die jedoch noch die „Verliebten“ getragen hatte, bewegte sich vom Boden der Zuschauer leise hin und her, — nach der Aufführung

hörte man gern die Botschaft, daß hier auch größere Werte, wie Schafspeeres „Was ihr wollt“ und „Ein Sommernachtstraum“, ebenso rhythmische und Sprechchor-Aufführungen gebracht werden sollen, sobald Beleuchtungsanlagen für die Bühne hergestellt worden sind. Hoffentlich dauert das nicht so lange, daß uns darüber der Glaube verloren geht!

Der Eintrittspreis für das Freilicht-Theater beträgt für Er-wachsene fünfzig, für Kinder dreißig Pfennige.

Der deutsche Rundflug.

Die letzten Heimkehrer. — Heute Geschwaderflug.

Am heutigen letzten Tage des großen Deutschen Rundfluges sind noch 7 Maschinen nach Berlin zurückgekehrt und in den Nachmittagsstunden ist damit zu rechnen, daß noch einige Nachzügler ankommen, und man kann erwarten, daß die Heim-kehrer, die an den letzten drei Flugtagen an den Start gegangen sind, auch vollständig wieder eintreffen. Das ist ein ganz aus-geszeichnetes Resultat, wenn man bedenkt, daß die große Konkurrenz, die an Maschinen und Führer riesige Anforderungen stellte, doch von einem sehr wesentlichen Teile der Wettbewerber ohne ernste Zwischenfälle durchgehalten wurde. Im Laufe des heutigen Vor-mittags trafen auf dem Tempelhofer Feld noch folgende Flieger ein: 666 Freyberg auf Heinkel 24 : 26, Blantert auf Faralol 25 : 25, 665 Fund auf Junkers 28 : 43, Dietrich auf Dietrich 27 : 01, Szeeger auf Arkt, der aus der vierten Schleife zurückkehrte, Krupp auf Albatros 27 : 11 und v. Köppen auf Albatros 28 : 24. — Die Flieger, die alle fünf Schleifen des Rundfluges glücklich zurückgelegt haben, wollen heute nachmittags einen Geschwaderflug über Groß-Berlin machen, an dem voraussichtlich etwa 30 bis 40 Maschinen teilnehmen werden.

Noch keine Rentenerhöhung — aber schon Abzüge!

In Nr. 259 meldeben wir aus Lichtenberg, daß auf dem Postamt Magdalenenstraße bei der Rentenauszahlung für Juni den Invaliden die nach der Rentenerhöhung auf Grund des Gesetzes vom 23. März dieses Jahres ihnen zustehende Nachzahlung verweigert wurde. Man schickte die enttäuschten alten Leute nach Hause mit dem Befehl, die Nachzahlung sei noch nicht möglich, weil man noch keine Anweisung dazu erhalten habe. Beschwerden über diese Verzögerung sind uns auch aus anderen Teilen Berlins noch mehrfach zugegangen. Hierzu kommt jetzt eine neue Klage, die sich gegen einen nicht minder schlimmen Mißgriff des Bureaukratismus wendet. Bei dem Zentralverband der Arbeits-invaliden lausen fortgesetzt Beschwerden ein (und auch dem „Vor-wärts“ ist derartige bereits mitgeteilt worden), daß einzelne Sozial-rentnerfürsorgebehörden Berlins den Rentenempfängern die in Aussicht gestellten, aber noch nicht ausgezahlten Rentenerhöhungsbeiträge im voraus auf die So-zialrente anrechnen und dementsprechende Abzüge machen. Das läuft darauf hinaus, daß die Fürsorge, die Kostände beseitigen soll, künstlich Kostände herbeiführt und auf Wochen die Rentner dem Hunger überläßt. Die Leitung des Zentralverbandes der Arbeits-invaliden hat mit der zentralen Wohlfahrtsbehörde Berlins ver-handelt und Verständnis dafür gefunden, daß die geringen Steige-rungen der Renten nicht sofort angerechnet werden können. Die ein-zelnen Bezirke sind schon seit einigen Wochen darüber unterrichtet, daß vor Ende Juli eine Anrechnung nicht erfolgen soll. Aber bei den Fürsorgebehörden wird selbst dieses kleine Zugeständnis zunächst gemacht und in überstürzter Eile sogar abgezogen, was noch gar nicht gezahlt ist. Mit Recht sind die Sozial-rentner über ein derartiges Verfahren empört. Hoffentlich wird schleunigst für Abhilfe gesorgt.

Er ist gefallen!

Wilhelms Stern nämlich. Niebergehoht von maghalsigen Wetterern, die mit Lebensgefahr den letzten Höhenzirkeln phantastische Ausgeburt aus schwindelnden Höhen zur Erde herunterbrachten. Es war noch sehr früh, als man das diegezackte bronzierte Ding zu Füßen der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisstraße mit Gemütsruhe in den grünen Rasen legte. Seltsam, wie symbolisch: der glühende Höhen-zirkelstern — war hoch. Die kombastische Fassade läufte, im Innern war es müde und leer. Es ist ein eigenes Bild, diese Arbeiter auf dem Boden sitzen zu sehen, neben sich die lupferne Laune eines nunmehr pensionierten Potenzialen. Am Sonnabend mittag hatten Monteure sich aus Wert gemacht, nachdem die stehenden Gerüst-arbeiten zur notwendigen Höhe gebiechen waren. Weit strebten die Leitern in die Luft und wie in einer Isolierzelle stand Wilhelms Stern, rings von Latten eingezäunt. Dann wurde der Stern ange-seilt, ein Knack und langsam, unglücklich langsam schwebte die Kupfer-scheibe auf den Kurfürstendamm nieder. Da lag er nun. Nach außen glühend, im Innern hoch, ein getreues Abbild vergangener Herrlichkeit.

Verstirbt wird seit Sonnabend, den 6. Juni, vormittags, der 76-jährige schwäbische Bürger, jetzige Rentenempfänger Hermann Rogel. Der Vermittler war bekleidet mit welchem schwarzen Cut, dunklem Kock, grau-schwarz ge-kreuzter Hose und Gummischuhen; er trug einen gelben Spiegelmantel, dessen Griff einen Hundelock darstellte, bei sich. Größe 1,72 bis 1,75 Meter, aufrechter Gang. Willkürungen über den Verbleib des Vermittlers erblüht Frau Rogel, Kienischstraße 18, Hof 2 Tr.

Unvorsichtiges Wattenlaufen.

Vier Personen von der Flut überrascht und ertrunken.

Unvorsichtiges Wattenlaufen forderte am Sonntag bei Cuz-haven vier Opfer. Vier Personen, die sich bei der Rugebade zu weit hinausgewagt hatten, wurden von der Flut überrascht und konnten nicht mehr zurückkommen. Auch den beiden Rotor-booten, die zwischen Alte Liebe und Rugebade den Dienst tun, gelang die Rettung nicht mehr, da die Berunglückten offenbar von der Strömung ins tiefe Wasser getrieben worden waren.

Schweres Autounglück.

Reichenberg i. Schl. 8. Juni. (W.Z.) Ein schweres Autounglück ereignete sich im nahen Mittelpeilau. Als ein von den Schneeberegnern in Glanz kommendes Auto der Firma Böhmell in Striegau in schneller Fahrt die scharfe Kurve bei der Einmündung der Frankensteiner in die Gnadenfreier Chaussee nehmen wollte, überfiel es sich infolge Plagens von zwei Wörder, und einem Hinterreifen. Der eine Inasse, Geschäftsführer kämpferte aus Striegau, erlitt dabei schwere Rippenbrüche und Blut-ergüsse und mußte sofort in das Johanniterkrankenhaus nach Reichen-berg übergeführt werden. Sein Zustand ist bedenklich. Sein Be-gleiter kam mit leichten Verletzungen davon.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mittwoch, den 10. Juni:

- 7. Akt. 7½ Uhr. Jahlabende bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 8. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Schmidt, Wollstraße 19.
- 9. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Grünwald, Rannertstr. 17. Tages-schmann: Baumüberbauung und Wahl der Delegierten zur Reichsversammlung.
- 10. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 11. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 12. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 13. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 14. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 15. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 16. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 17. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 18. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 19. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 20. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 21. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 22. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 23. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 24. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 25. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 26. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 27. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 28. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 29. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.
- 30. Akt. 7½ Uhr. Abteilungsverammlung bei Rube, Stralitzer Str. 55. Bill. Bergste 71.

Jungvolkgruppen, Gruppe Süden. Heute wird juristische Sprachkurse Lindner & Zuspornke über: Rortische Staatsaufassung. Beginn 8 Uhr. — Gruppe Tempelhofer Wartenberg. 7½ Uhr. Jugendheim Tempelhof, Baumstr. 10. — Gruppe Friedrich-Edel-Berliner Str. 2. Gruppe bei Wera, Berliner Str. 62. Linden-rosenbade 3. Gruppe, Ruffinerg-Str. 4. bei Orper. 47. Gruppe: Jugend-heim, Berlinstr. 59. Gruppe bei Dohme, Wollstr. 31.

Großkampf in der Holzindustrie.

„Austritt aus dem Verbands- oder Aussperrung!“

Der „Vorwärts“ hat am Sonntag eine W.B.-Nachricht veröffentlicht, die vom Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie inspiriert, „Arbeitskämpfe von größerem Umfang“ in Aussicht stellt. Um die Bedeutung dieser Nachricht richtig zu würdigen, ist es notwendig, sich über die tarifvertraglichen Verhältnisse der Holzindustrie zu orientieren.

Nach langjährigen Bemühungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist es im Jahre 1920 gelungen, die vielen im Holzgewerbe bis dahin bestehenden örtlichen Tarifverträge in einen „Reichstarifvertrag“ zusammenzufassen, der mit dem Arbeitgeberverband, dem Vorläufer des jetzigen Arbeitgeberverbandes, abgeschlossen wurde. Beim Ablauf des Reichstarifvertrages hatte sich diese Organisation mit einer Reihe anderer Unternehmerverbände, die in der Holzindustrie sehr zahlreich sind, verbündet, und sie verlangte nun an Stelle der reichszentralen die bezirkliche Lohnbildung. Das wurde zugestanden, und im Jahre 1921 wurde der „Reichsmantelvertrag“ abgeschlossen, der nach Überwindung des Widerstandes verschiedener Bezirksorganisationen der Unternehmer (auch in Berlin ist damals ein umfangreicher Kampf geführt worden) im ganzen Reich durchgeführt und dann für allgemeinverbindlich erklärt wurde.

Am 15. Februar 1924 lief dieser Vertrag ab. Nach langen Verhandlungen, in deren Verlauf dem Arbeitgeberverband seine bisherigen Verbündeten allmählich abgefallen waren, wurde ein neuer Mantelvertrag vereinbart. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes lehnte aber diesen Vertrag ab, und einige Monate später wiederholte sich dieses Spiel.

Damit war eine zentrale Vertragsvereinbarung gescheitert. Der Deutsche Holzarbeiterverband unternahm es nun, den Inhalt des abgelehnten Vertrages zur Anerkennung zu bringen. Zum Teil nach Überwindung des heftigsten Widerstandes der Unternehmer wurden Reichstarifverträge im ganzen Reich, insgesamt etwa 20, abgeschlossen, die sich inhaltlich mit dem abgelehnten zentralen Mantelvertrag decken. Vertragskontrahenten sind hierbei die Bezirksverbände des Arbeitgeberverbandes, teils allein, teils in Verbindung mit anderen Unternehmerorganisationen. Neben diesen Verträgen, die meist bis zum 15. Februar 1926 laufen, werden kurzfristige Lohnabkommen getroffen, oft in friedlicher Verständigung, während es in zahlreichen Fällen aber auch hierbei zu Streiks und Aussperrungen kommt. Derartige Kämpfe schweben zurzeit in Schlesien, im Bezirk Hamburg und in Kassel.

Nun plant der Arbeitgeberverband eine neue Aktion.

Nachdem er sich im Frühjahr einen neuen Vorstand gewählt hat, ist er auf seine alte Liebe, der zentralen Regelung der gesamten Arbeitsbedingungen, zurückgekommen. Vor allem will er jetzt die Löhne zentral regeln. Natürlich ist es ihm hierbei hauptsächlich darum zu tun, die Löhne niedrig zu halten. Dieses Ziel glaubt er am leichtesten zu erreichen, indem er den Holzarbeiterverband durch den gleichzeitigen Ablauf aller Lohnabkommen unter Druck setzt. Zu dem Zweck war in einigen Bezirken die Verhandlung über die Erneuerung des abgelaufenen Abkommens hinausgezögert worden, und andere Abkommen wurden vorzeitig gekündigt. Aber nicht nur über die abgelaufenen und gekündigten, sondern auch über die ungekündigten Abkommen sollte gleichzeitig am gleichen Ort verhandelt werden.

Um das zu erreichen, haben die Bezirksorganisationen des Arbeitgeberverbandes ihrem Zentralvorstand Vollmacht erteilt. Auf diese Vollmacht wurde bei den Besprechungen mit den Arbeitervertretern sehr stark gepocht und darauf hingewiesen, daß es nicht mehr sei wie früher, wo die zentralen Verhandlungen sehr oft stockten, weil der Vorstand des Arbeitgeberverbandes keine genügenden Vollmachten hatte. Dieses Spiel mit der Vollmacht war aber nur Theater, um die Dezentralität irrezuführen. In Wirklichkeit hat die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes, die am 13. Mai in Weimar getagt hat,

einen vollständigen Kriegsplan beschlossen.

Der Vorstand wurde „bevollmächtigt“, für alle Bezirke zu verhandeln und Spitzhöhen zu vereinbaren, die von der Generalversammlung genau begrenzt wurden. Wenn dieses Ziel nicht zu erreichen ist, war der Vorstand des Arbeitgeberverbandes verpflichtet, die Verhandlungen abzubrechen. Aufgabe der Vertreter des Arbeitgeberverbandes war es, während der

Dauer der Verhandlungen dessen Ziele nach Möglichkeit zu verschleiern.

Bei den Verhandlungen, die vom 4. bis 6. Juni in Berlin geführt wurden, mußten die Unternehmer auf Verlangen der Arbeitervertreter die Bezirke von der Beratung ausschließen, in denen das Lohnabkommen nicht gekündigt ist. Des Weiteren mußten die Bezirke ausschließen, in denen der Arbeitgeberverband nicht der alleinige Vertragspartner auf Unternehmerseite ist. Hierzu gehört u. a. Berlin, wo die „Freie Vereinigung der Holzindustriellen“ wohl dem Arbeitgeberverband angeschlossen ist, aber sich in grimmiger Feindschaft mit den unter der Leitung des Obermeisters Paetz stehenden „Vereinigten Verbände“ befindet.

In zweitägigen Beratungen wurden eine Reihe von Vorfällen erledigt, auf die hier einzugehen zu weit führen würde. Hierbei war es den Unternehmern nicht möglich gewesen, die ihnen von ihren Auftraggebern übertragene „Vollmacht“ zu erfüllen. Sie waren also verpflichtet, die Verhandlung aufzuliegen zu lassen; da aber bei den Vorfällen die Arbeitervertreter lediglich die Anerkennung der geltenden Verträge verlangten, war es den Unternehmern schwer, einen geeigneten Vorwand zu finden.

Schließlich rühten die Unternehmer mit ihren Lohnangeboten heraus, wie sie auf der Generalversammlung in Weimar beschlossen waren. Praktisch bedeuteten sie unzulängliche Lohnerhöhungen in einigen Bezirken, für andere wurden solche überhaupt abgelehnt, und für einige Bezirke war sogar ein Lohnabbau vorgesehen mit dem Verlangen der Bindung bis zum 15. November. Von hohen Forderungen, die den Unternehmern schon länger übermittelte waren, und Gegenforderungen vor, so daß das Verhandlungsgeschäft hätte beginnen können. Da plazierte die Unternehmer mit der wohlüberlegten Erklärung heraus, daß sie jede weitere Verhandlung ablehnen, weil die Arbeiter von ihren Forderungen nicht heruntergehen.

Das ganze Verhandlungsangebot und die mehrtägige Verhandlung war nichts wie eine Finte der Unternehmer. Es war nicht ehrlich gemeint, sondern nur eine Kullisse, hinter der sich

die Vorbereitung des Nachkampfes

verbarg. Daß dieser von langer Hand vorbereitet war, zeigt die Fassung des eingangs erwähnten Wolff-Telegramms, das zeigt auch das Verhalten der Unternehmer in den einzelnen Bezirken. Nach vorliegenden Nachrichten lehnen die Unternehmer die Aufnahme von Verhandlungen in den Bezirken ab, weil ihnen ihr Vorstand die erteilte „Vollmacht“ noch nicht zurückgegeben habe. Hierbei werden auch „dunkle“ Andeutungen über die Auswirkung der gefassten Beschlüsse gemacht, die natürlich für die Kenner durchaus nicht dunkel sind.

Wir stehen jetzt direkt vor dem Ausbruch gewaltiger Kämpfe in der deutschen Holzindustrie. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist aber eine kampfgewohnte Organisation. Es wäre nicht das erstemal, daß die Unternehmer es versuchen, durch eine Aussperrung den Holzarbeitern ihren Willen aufzuzwingen. Im Jahre 1907 hat Rahardt eine solche große Wachtprobe unternommen, und er ist dabei unterlegen; seine minder qualifizierten Nachfahren werden die gleichen Erfahrungen machen müssen.

Die Aussperrung in der Holzindustrie beginnt.

Der Landesverband Brandenburg des Arbeitgeberverbandes hat, nachdem die Unternehmer am 6. Juni die zentralen Verhandlungen abgebrochen hatten, noch am gleichen Tage ein vorbereitetes Rundschreiben herausgegeben, in welchem es heißt:

Zwecks gescheitener Abwehr der nachfolgenden, sich kurz wiederholenden Forderungen der Holzarbeiter hat unser Spitzenverband die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter des Deutschen Reiches bis zum Sonnabend, den 13. Juni, bei Arbeitsluß beschlossen.

Alle Arbeiter, die dem Holzarbeiterverband nicht angehören und dies unterschriftlich bescheinigt haben oder noch bescheinigen, werden mit voller Arbeitszeit weiter beschäftigt.

Gleichzeitig wurden die Unternehmer angewiesen, den Arbeitern einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, durch den diese sich verpflichten, aus dem Deutschen Holzarbeiterverband auszutreten und seiner anderen Organisation beizutreten.

Der Hafenarbeiterstreik in Duisburg.

Köln, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Streik der Duisburger Hafenarbeiter wird uns gemeldet: Die Unternehmer haben zahlreiche im Duisburger Hafen liegende Schiffe nach Köln beordert. Auf diesem Wege soll der Kampf der Arbeiterschaft ergebnislos gemacht werden. Der Deutsche Verkehrsverband wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Zumutung der Unternehmer, die Kölnener Hafenarbeiter als Streikbrecher und Verräter verwenden zu können. Die Schiffe sind angewiesen, dem „Befehl“ der Unternehmer auf keinen Fall Folge zu leisten, auch dann nicht, wenn dadurch der Arbeiterkampf auf das Kölner Wirtschaftsgebiet übergreifen würde.

Duisburg, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die in Dortmund und unter Vorsitz des Reichskommissars Rehdick stattgefundenen Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in dem Duisburg-Ruhrort-Hafen sind gescheitert. Hiernach schlug der Reichskommissar den Arbeitnehmern vor, eine Abstimmung herbeizuführen, daß bis zum 15. Juni ein Friedenszustand eintreten soll. Bis dahin sollte versucht werden, den Lohnstarif unter Dach und Fach zu bringen. Die Abstimmung über diesen Vorschlag wird heute, Dienstag, nachmittags erfolgen. Nach Mitteilung von Arbeitnehmerseite ist mit einmütiger Ablehnung dieses Vorschlages und verstärkter Fortsetzung des Hafenarbeiterstreiks bestimmt zu rechnen.

Duisburg, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Durch die neue Lohnbewegung der Ripparbeiter hat die Lage in Duisburg-Ruhrort-Hafen eine Verschärfung erfahren. Die Ripparbeiter drohen für den Fall, daß ihre Forderungen nicht bewilligt werden, mit Streik. Infolge Arbeitsniederlegung der Ripparbeiter würde der gesamte Verkehr im größten Innenhafen der Welt stillgelegt werden. Verhandlungen zwischen den verschiedenen Bezirksleitungen des Transportarbeiterverbandes, durch ein solidarisches Vorgehen den Streik der Duisburg-Ruhrort-Hafenarbeiter zu unterstützen, sind im Gange. Somit ist mit der Gefahr eines Uebergreifens der Streikaktion auf andere Hafenplätze zu rechnen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 9. Juni. (W.B.) Die Internationale Arbeitskonferenz stimmte mit einigen Änderungen zwei Entwürfen zum Konventionsentwurf über die Entschädigung bei Arbeitsunfällen zu, und zwar betreffend die Mindestentschädigung für Berufstätige oder Entschädigungsberechtigte sowie betreffend die Entschädigung bei Arbeitsunfällen. Die beiden Entwürfe wurden dem Redaktionsausschuß überwiesen.

Ferner wurde angenommen und dem Ausschuss zugewiesen der Konventionsentwurf über die Berufskrankheiten und damit zusammenhängende Empfehlungen und Resolutionen. Der Konventionsentwurf über die Nachtarbeit in Bäckereien wurde in der Schlussabstimmung mit 81:26 Stimmen angenommen.

Sodann hörte die Konferenz einen Bericht der Kommission für die allgemeinen Probleme der sozialen Versicherungen. Die Kommission beantragte eine Resolution, in welcher u. a. der Verwaltungsrat des Arbeitsamts ersucht wird, die Frage der Krankenversicherung der Arbeiter sowie die Frage betreffend Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung auf die Tagesordnung der nächsten Jahrestagung der Konferenz zu setzen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Große Warenposten in guter Qualität hat das bekannte Schuh-Fabrikat Behrmdt, Münchstraße 24, mit seinen Filialen Kottbusser Damm 13 und Frankfurter Allee 54 wieder herbeigekommen. Diese werden der Groß-Verliner Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen angeboten. Ein Beispiel der enormen Leistungsfähigkeit dieser Firma zeigt das heutige Inserat.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: Wilkus Salernus; Gemeindefortschritt: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Harardt; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Eiser u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Anf. Teilzahlung Herren-Knaben Garderobe Gummi-Mäntel f. Damen Geringe Wochen- oder Monatsraten Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metallbetten Antel, Gr. Frankfurter Str. 34 Strausberger Platz Gegründet 1901	Korbmöbel  Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen kauf. Sie bei gr. Auswahl vorzuziehen u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus Edmund Voß Neukölln, Berliner Str. 14 Näherer Mannplatz Teleph. Neukölln 2264, Zahlungs erleichterung
--	--

REKLAME-TAGE

im Schuh-Lokal Behrmdt

Herren-Halbschuhe 9⁸⁰ Münzstraße 25 • Kottbusser Damm 13 • Frankfurter Allee 54

Echt Chev., mit grau Leder-eins., Rand weiß ged.
12⁸⁰



Infolge des großen Andranges zu Pfingsten konnte ein großer Teil unserer Kunden nicht, oder nicht mit der genügenden Sorgfalt bedient werden. Unsere Läger sind wieder aufgefüllt. Wir bringen **ZUR JETZIGEN REISEZEIT** ganz besonders günstige Angebote in guter Ware

Neu eingetroffen
 4000 Paar Serie I
 4.90, Serie II
3⁹⁰



Braune Herren-Halbschuhe grau Einsatz **13⁹⁰**

Braune la. Rindl. Sandal.
 2 x weiß gedopp. mit durchgeh. Doppelsohle, 25-26 4.45, 27-30 4.95, 31-35 5.95, 36-42 7.45, 43-46 7.95, 23-26 **3⁹⁵**

3000 Paar weiße Damen-Leinenschuhe, Sponge, Schnür, u. Pumps, mod. Formen, gutes Fabrikat, gute Ledersohlen. **2.90, 3.90, 4.90**

Affenhaut- und Pfirsichhaut-Schuhe (Wildleder imit.) Schnür, Spange u. Pumps, grau, braun und schwarz, eleganter Strassen- und Strand-Schuh, gute Ledersohlen, mod. Formen **1⁹⁵**

Herren-Stiefel echt Rindbox, moderne Form **6⁹⁰**

Turnschuhe mit guter Ledersohle, bekanntes Fabrikat, 27-30 2.45, 31-35 2.55, 36-42 2.95, 22-26 **1⁹⁵**

Orig. Goodyear Welt Damen-Halbschuhe, braun und schwarz Doxiall und R'Chevreau, sehr gutes Fabrikat, mod. Form, Gr. 35-38, durchweg **8⁹⁰**

Braune u. schw. Damen-Spangenschuhe in Boxkalf-Chevreau u. R'Chevreau, echiL-XV, Absatz u. halbhöher amer. Absatz, mod. Formen, gutes Material **9⁸⁰**

Kräftiger Arbeitsstiefel braun Spallleder **5⁹⁰**

Turnschuhe mit angegossener Gummisohle, gutes Fabrikat, vorschritt-mäßig, 27-30 2.95, 31-35 3.50, 36-42 3.25, 43-45 4.45, 22-26 **1⁹⁵**

Braune Nubuck Spangenschuhe mit braun, Lock Verzierung, hochlegant, die große Mode, sow. br. Boxkalf Spangensch. **13⁹⁰**

Mod. Lackspangenschuhe echi L-XV, Abs., Sandalekünstl. sowie halbhöher Absatz, m. 1. Spange, sehr modern und schön **11⁹⁰**

Braune u. schw. Herren-Stiefel in verschied. gut. Ausfüh. u. Leders, mod. Form. 11.90, 14.80, 16.80 **10⁹⁰**

Tennisschuhe, weiß mit Creppgummisohle, Sorte I Damen 5.90, Herren 6.90, Sorte II Herren . 5.90 **4⁹⁰**

Damen-Spangen- und -Schnürschuhe echi R'Chevreau und Chevreau **5⁹⁰**

Modernes Spangenschuh mit grau Velour-Ledertreppen, franzö. Absatz **10⁹⁰**

Über 150 Sorten verschiedene Modelle

Braun. u. schwarz. Kinder-Stiefel, Halbsch. u. Spangensch. in guter Qualität, breite naturgemäße Formen. 31-35 6.90, 27-30 **5⁹⁰**

Braune u. schwarze Halbschuhe echi Chevreau, Boxind und Cromleder, moderne Formen . . 7.90 **6⁹⁰**

Damen-Haus-Spangenschuhe Leder und Stoff **2⁸⁵**

eraklassige Luxus-schuhe in blond Chevreau, braun Lack etc. etc.

Kinder-Lackspangen-Schuhe sowie braun, beige und grün u. Haferischuhe in großer Auswahl b. Hg **1¹⁵**

Entzückende Dirndlstoff-Hauschuhe für Damen 1.25 für Kinder **1¹⁵**

auch Schnürschuhe

Reformschuhe zum Wandern u. Sport, Rand weiß g-doppelt, sehr halbh. für Herren 11.90, für Damen **10⁹⁰**